

Nr.

2

Februar 1988

# Die Neue Gesellschaft

---

# Frankfurter Hefte

Z 6926 E

Herausgeber:

Holger Börner  
Walter Dirks  
Eugen Kogon †  
Johannes Rau  
Heinz O. Vetter  
Hans-Jochen Vogel  
Herbert Wehner

35. Jahrgang

**Gabriele Eckart**

Onkel Gottfried

---

**Heinrich August Winkler**

Bismarcks Schatten.

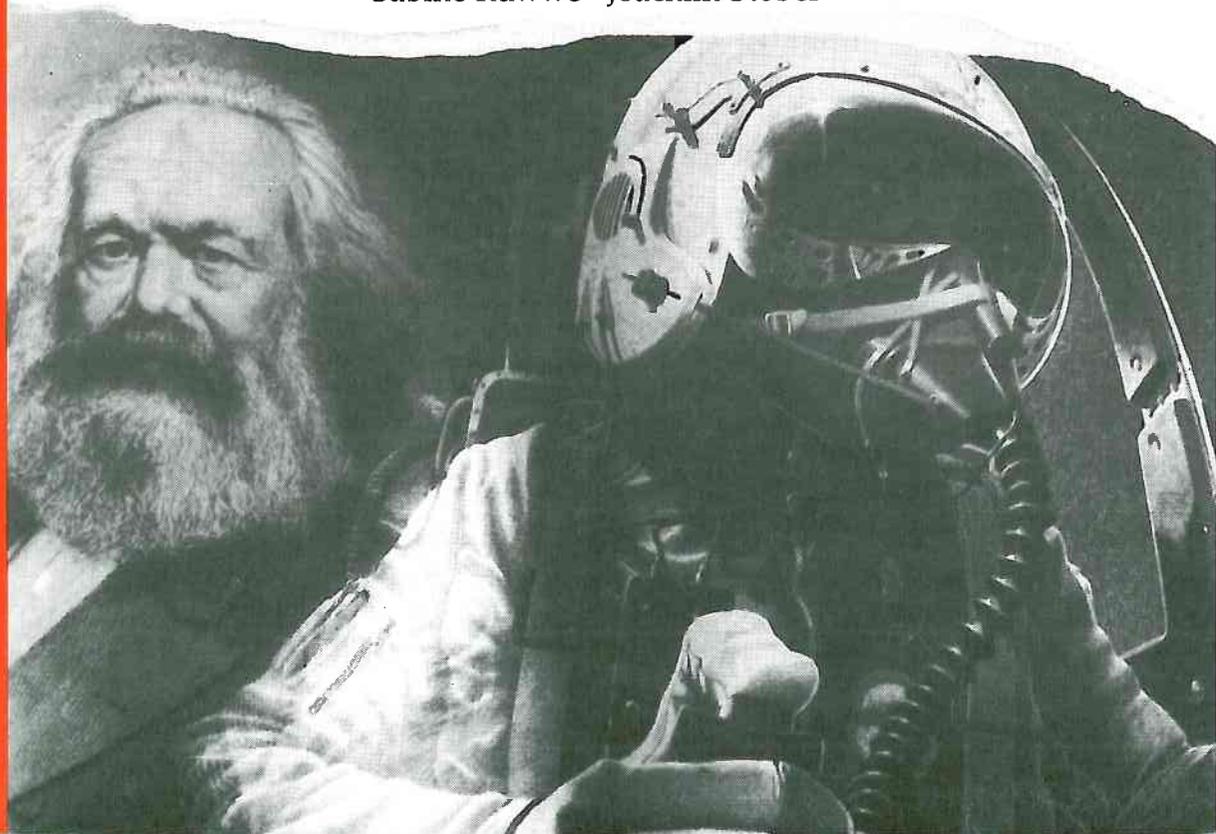
Ursachen und Folgen der deutschen Katastrophe

**Thema: Selbstverwaltung, soziale Selbsthilfe, Solidarität**

Laurenz Awater · Wolfgang Böttcher · Cornelia Cremer

Günter J. Friesenhahn · Hans Joachim Kujath

Sabine Ruwwe · Joachim Stöber



## Günter J. Friesenhahn Soziale Selbsthilfe oder Umsteigen statt aussteigen

*Günter J. Friesenhahn, Jahrgang 1955, Diplom-Pädagoge, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des European Centre for Community Education – ECCE in Koblenz und Mitinitiator eines sozialen Selbsthilfefprojektes (Lehrer Lämpel e. V.).*

### I.

Nach neueren Schätzungen aufgrund empirischer Untersuchungen gab es Mitte der 80er Jahre fast 50 000 Selbsthilfegruppen in der Bundesrepublik Deutschland, in denen 500 000 – 700 000 Menschen aktiv sind (vgl. Vilmar/Runge 1986, S. 6):

Gruppen, die produzieren und/oder Dienstleistungen anbieten, die aus der Not eine Tugend gemacht haben und sich auf jeweils eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten besinnen (müssen), um in den Zeiten anhaltender Massenarbeitslosigkeit und fortschreitenden Sozialabbaus überleben zu können. Sie haben bei aller Verschiedenheit ihrer persönlichen und politischen Hintergründe und Zielsetzungen, (so Vilmar/Runge), vier Bestimmungselemente gemeinsam: Autonomie, Selbstgestaltung, Solidarität (Sozialengagement) und Betroffenheit.

### II.

Selbsthilfe ist in der Sozialgeschichte schon immer von Bedeutung gewesen und wurde im Zusammenhang mit den Fragen nach Ehrenamtlichkeit, Professionalisierung und nicht zuletzt dem Subsidiaritätsprinzip lange vor der jetzigen Diskussion in der Sozialpolitik und der (Sozial-)Pädagogik problematisiert.

Die Schwerpunkte in der Diskussion haben sich jedoch teilweise verschoben. Die Entstehung von Selbsthilfegruppen ist heute eher auf die Unzufriedenheit mit den gegebenen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie auf die zurückgehende Hoffnung hinsichtlich der Reformierbarkeit gesellschaftlicher Großorganisationen zurückzuführen als auf eine Renaissance caritativer Nächstenliebe.

Selbsthilfe ist eine Form des Protestes. Denn sieht man sich die soziale Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren an, ist – trotz aller restaurativer Tendenzen – ein Trend zu beobachten, den man als „Mut zum Protest“ bezeichnen kann. Die Bereitschaft zur Einmischung ins politische Geschehen ist gestiegen.

Zwar gab es auch früher schon Protestbewegungen (z. B. der gewerkschaftliche Kampf um Mitbestimmung Anfang der 50er Jahre, der Kampf gegen die Wiederbewaffnung, der Studentenprotest), aber sie blieben punktuell, auf ein Sachthema bzw. einen bestimmten Personenkreis bezogen und zahlenmäßig relativ gering.

Ein Teil des Protestpotentials versuchte auf dem „Marsch durch die Institutionen“ innerhalb des bestehenden Apparates eine Opposition aufzubauen, ein anderer Teil versuchte neue Organisationsformen (Gründung einer linkssozialistischen Partei) zu erproben, um sich den Zwängen „instrumenteller Politik“ zu entziehen. „Während diese organisatorisch orientierten Fortsetzungen antiautoritärer Politik ohne Erfolg blieben, ist um den Fokus Umweltschutz ein neues Protestpotential entstanden“, das „Drohfunktionen im vorparlamentarischen Bereich“ erfüllt (Habermas 1982, S. 15).

Doch Umweltschutz meint nicht nur den Kampf gegen die Zerstörung der Natur, die Vergiftung der Gewässer und die Zersiedelung der Landschaft; Umwelt umfaßt auch den sozialen Lebensraum in seiner kommunikativen Dimension. Und diese wird zunehmend höher bewertet, wie überhaupt ein Wandel der Wertorientierungen sich seit ca. Mitte der 70er Jahre abzeichnet. Traditionelle materielle Sicherheits- und Ordnungswerte treten zurück und „postmaterielle Werte“ (Selbstverwirklichung, politische Partizipation, Frieden, Angst vor atomarer Verseuchung etc.) in den Vordergrund. Diese Umorientierung ist nun nicht auf eine eindeutig identifizierbare schicht- oder altersspezifische Bevölkerungsgruppe beschränkt. Sie wird breitenwirksam und zeigt, daß immer mehr Menschen begreifen, daß ein demokratischer Staat von der Mitgestaltung seiner Bürger lebt; sie zeigt, daß immer weniger Menschen bereit sind, eine umfassende Rationalisierung und Industrialisierung ihres Lebens tatenlos hinzunehmen und sie zeigt, daß der industrielle Fortschritt nicht nur „mehr Wachstum“, sondern auch bessere, sozia-

<b>Produktion</b> Landwirtschaftliche Betriebe/Produktions- und Reparaturhandwerk/Druckereien, Setzereien/ Alternativtechnologische Betriebe/Kunsth Handwerk	ca. 20 %
<b>Handel/Verkehr</b> Buchverkauf, -vertrieb/Einzelhandel/Taxi- und Transportunternehmen	ca. 80 %
<b>Freizeit-Infrastruktur</b> Kneipen, Cafés/Kommunikationszentren und -treffs/Kinos/Galerien	
<b>Medien</b> Printmedien (Zeitungen, Zeitschriften)/audiovisuelle Medien (Video, Film), Verlage, Graphik, Foto	
<b>Organisation</b> Koordination/Interessenvertretung	
<b>Bildung/Sozialdienste</b> Kinderläden, Kinderhorte, Krabbelgruppen/Medizinische Gruppen incl. Physiotherapie u. ä./ Therapeutische Projekte/sozialpädagogische und Jugendhilfeprojekte/ Schulen und Weiterbildungseinrichtungen	
<b>Kultur</b> Kunst/Sport/Wissenschaft	

(Beywl 1983, S. 225)

lere und menschengerechtere Lebensumstände bedeuten kann. Damit wird der Protest bodenständig und verliert für eine gewisse Zeit seine diskriminierende Zuschreibung als Krawall.

Der Protest etabliert sich, aber die angestrebten großen Veränderungen und Ziele bleiben meist unerreicht. Einige geben in dieser Situation auf, andere versuchen im kleinen, Lebens- und Arbeitsformen zu schaffen, die sie selber bestimmen können, in denen sie das Verhältnis zu ihren Mitmenschen und Kollegen, ihre Beziehung zur Natur selbst gestalten können. Sie wollen Alternativen zur Gesellschaft. Sie formieren sich in Gruppen, Bürgerinitiativen und Projekten, die zum einen verdeutlichen, daß die gewünschte grundlegende Umorientierung der Gesellschaft gescheitert ist, aber zum zweiten auch, daß das Scheitern nicht endgültig ist. Die Projekte lassen sich folgenden Bereichen zuordnen:

### III.

Wichtig ist der Hinweis, daß die Zahl der in Selbsthilfgruppen/Projekten arbeitenden Personen

nicht identisch mit den dort zur Verfügung stehenden Arbeitsplätzen ist. Wend (S. 175) schätzt, daß nur die Hälfte feste Arbeitsplätze hat, die anderen arbeiten unentgeltlich, teilzeitbeschäftigt oder zehren von „Sozialeinkommen“.

Die wenigsten Mitarbeiter aus Selbsthilfprojekten können mit selbst erwirtschaftetem Einkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten – und dies auch nur, wenn sie mit 900,- DM bis 1 500,- DM netto bei einer Wochenarbeitszeit von bis zu 60 Stunden zufrieden sind. Aber die Mitarbeiter sind bereit, unter diesen Bedingungen zu arbeiten. Es geht ihnen ja meistens nicht um „Knete“, sondern um befriedigendere Arbeits- und Lebensbedingungen, abseits der kapitalistischen Konsumindustrie.

Da die produzierenden Selbsthilfgruppen eben explizit andere soziale und wirtschaftliche Verkehrsformen praktizieren wollen, sie aber andererseits mit herkömmlichen Betrieben konkurrieren müssen, bleibt oft nur der Weg, über Mehrarbeit die infrastrukturellen und finanziellen Defizite auszugleichen. Allerdings stellen sich nach Hubers Schätzun-

gen bestenfalls 7 % der Projekte dem allgemeinen Markt, d. h. sie produzieren etwas, was nicht nur für die „Szene“ interessant ist (vgl. Huber 1981, S. 45). Der Rest produziert für sich selbst oder für „seinen ganz speziellen Sympathisantenmarkt“ (ebd): Frauenbuchladen, Schwulencafé, spirituelle Teestube, Körnerladen etc.

Die sich selbst tragende und finanziell selbständige Alternativwirtschaft ist also verhältnismäßig klein. Etwa 60 % der Projekte leben in erster Linie von Subventionen. 30 % davon überwiegend durch staatliche oder kirchliche, die anderen durch Eigensubventionen (abgezwigtes Privateinkommen, Verzicht auf vollen Lohn, Spenden, Fördervereine etc.) (vgl. Huber 1981, S. 44).

Umsteigen, nicht aussteigen ist die Devise der Selbsthilfeprojekte. Aber nicht nur der Wunsch nach Selbstbestimmung, Dezentralisierung, einfachem Lebensstil und ganzheitlichem Weltbild ist ausschlaggebend für ihre Gründung. „Sie sind eine spontane Antwort auf die Grenzen des Wachstums, das Problem der Arbeitslosigkeit und die Risse im Netz der sozialen Sicherheit“ (Huber 1980, S. 132). Sie sind vor allem für Personen mit sozialwissenschaftlicher/pädagogischer Ausbildung auch deshalb attraktiv, weil es nicht nur darum geht, andere Arbeitsbedingungen zu schaffen, sondern überhaupt Arbeit zu haben. Zusammenfassend muß man also mehrere Faktoren berücksichtigen, wenn man nach Erklärungen für die Zunahme von Selbsthilfegruppen und -projekten sucht. Mit K. Bremen lassen sich zumindest vier markante Faktoren benennen:

#### 1. Versagen des Fremdhilfesystems

Darunter fallen die schon angesprochenen Kürzungen im Sozialbereich, aber auch Probleme, die durch die Formalisierung und Bürokratisierung sozialer Dienste entstehen. Die Ausdifferenzierung des sozialen Systems führt auf der Seite der Qualifikationsanforderungen der professionell Beschäftigten zu Spezialisierungen, die für ganzheitliche Problemlösungsansätze keinen Raum haben.

#### 2. Technologische Entwicklungen und Lebensbedingungen in den entwickelten Industrieländern

Die Entwicklung neuer Technologien führt sowohl im Arbeits- wie auch im Freizeitbereich zu qualitativen Veränderungen der Lebensbedingungen und der menschlichen Beziehungen. Traditionelle Bezugssysteme wie Familie und peer-groups verlieren an Bedeutung, „an ihre Stelle treten ‚Wahlverwandtschaften‘, z. B. Selbsthilfegruppen als situationsbezogene soziale Gemeinschaften“ (Bremen 1983, S. 217).

#### 3. Die Veränderung soziokultureller Wertsysteme

Arbeit wird nicht nur als Tätigkeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes betrachtet; vielmehr steigt das Bedürfnis, Arbeit als persönliche Leistung und in persönlicher Verantwortung zu erfahren.

#### 4. Subkulturierung

Die Ausdifferenzierung des gesellschaftlichen Systems kann das „Gefühl der ‚Undurchschaubarkeit‘ gesellschaftlicher Entwicklungen für die beteiligten Subjekte“ (ebd.) auslösen. Man sucht nach überschaubaren Lebenskreisen und schafft neue Verhältnisse – wenn nicht in der Gesellschaft, dann doch (überspitzt formuliert) zumindest zu Hause. Doch das heißt nicht, diese Gruppen seien unpolitisch.

### IV.

Das politische Selbstverständnis zeigt sich, neben den schon angesprochenen Punkten, in der Diskussion um finanzielle Förderung durch „offizielle Stellen“. Die Förderungsbereitschaft staatlicher Stellen ist einerseits darauf zurückzuführen, daß mit Arbeitsplätzen in Alternativ-/Selbsthilfeprojekten der allgemeine Arbeitsmarkt entlastet werden kann, und andererseits darauf, daß „derartige Projekte, vor allem in bestimmten sozialen Bereichen und im Dienstleistungsgewerbe, eine wertvolle Ergänzung zu bestehenden öffentlichen und privaten Einrichtungen und Betrieben darstellen können“ (Enquete-Kommission 1981, S. 163). Die Enquete-Kommission schlug vor, die Förderungsbedingungen der geänderten Sachlage anzupassen, Startfinanzierungen zu gewähren, die Beratung und Vernetzung alternativer Projekte zu dezentralisieren und zu intensivieren. Außerdem sollten „die Erfahrungen der neuen Projekte . . . verstärkt Kommunen, Trägern der Jugendhilfe, Ausbildungsbetrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten zugänglich gemacht werden, um so einen Erfahrungsaustausch zwischen Alternativprojekten und herkömmlichen Projekten zu eröffnen“ (a.a.O., S. 164).

Vor allem in West-Berlin reagierten die Behörden Anfang der 80er Jahre. Der Senat beschloß ein Förderprogramm für Alternativ-/Selbsthilfeprojekte mit einem Volumen von 7,5 Mill. DM im Jahre 1983 – beantragt waren vom Zusammenschluß eines Teils der Berliner Projekte, dem „AK Staatsknete“, DM 53 Millionen: Subventionen in Selbstverwaltung. Doch daraus wurde nichts. Es entstand eine Diskussion über öffentliche Finanzierung von Projekten innerhalb der „Szene“. Die Positionen lagen und liegen zwischen: „Sackt ein, was ihr kriegen könnt“ und „Staatsknete – nein danke“.

Dessen ungeachtet sah der Berliner Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, Ulf Fink, in den Alternativprojekten Indizien für die Wiederentdeckung des Subsidiaritätsprinzips, pries die Wiederentdeckung und Schaffung überschaubarer Lebensräume als notwendige Bedingung einer an Personalität orientierten Sozialpolitik und forderte: „Neue soziale Wege dürfen nicht aus Mangel an staatlicher Unterstützung aussichtslos werden oder zugrundegehen“ (Fink 1984, S. 23). Kurz: Er betonte, daß die alternative Bewegung Anspruch auf Verständnis hat, der Senat aber auch die Pflicht zum Widerspruch hat . . . (Fink 1983, S. 32).

Die „Szene“ wittert hinter der Förderpraxis der öffentlichen Hand sozialpolitische Kosmetik und wunderte sich, daß die Berliner CDU eine große Übereinstimmung mit den Zielen ihrer Projekte entdeckte. „Der Senat erklärt sich im Sinne des Subsidiaritätsprinzips bereit, für Selbsthilfegruppen und Alternativprojekte Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.“ Dies war „ein geschickter Versuch, das marktwirtschaftliche Subsidiaritätsprinzip (Hilfe zur Selbsthilfe) mit Lebens-, Arbeits- und Wohnprinzipien der Alternativprojekte zu verbinden“ (Grottian/Kück 1983, S. 142).

Ferner ist die These, mit den Zuschüssen solle die Alternativszene – die sich in ihrem Selbstverständnis nicht gerade durch politische Loyalität auszeichnet – „befriedet“ werden, nicht von der Hand zu weisen. Herbert Marcuse hat diesen Mechanismus instrumenteller Politik, Kritik durch scheinbare Akzeptanz zu entkräften, schon Anfang der 60er Jahre beschrieben und mit „repressiver Toleranz“ bezeichnet.

Doch die Projekte wehrten sich gegen die Umarmung. Einige (z. B. Netzwerk Köln/Aachen) lehnten „Staatsknete“ prinzipiell ab und der „AK Staatsknete“ konterte mit der Feststellung, die Entstehung von sozialen Projekten sei keineswegs ein Resultat der Huldigung des Subsidiaritätsprinzips durch die Alternativen, sondern Ausdruck eines defizitären Staatsapparates.

## V.

Dennoch: Die wenigsten Projekte bzw. Selbsthilfegruppen, die Personen beschäftigen, werden ohne Zuschüsse auskommen. Bei der Suche und dem Kampf um Fördermittel werden sie, ob sie wollen oder nicht, zu Konkurrenten der etablierten Träger der Wohlfahrtspflege. Obwohl sich Arbeitsfelder, Arbeitsformen und Zielsetzungen von Selbsthilfegruppen und etablierten Trägern oft unterscheiden –

die nur knapp bemessenen Fördertöpfe, um die gerangelt wird, sind dieselben.

1985 trafen sich Vertreter von Projekten, Netzwerken und der „Grünen“, um die Notwendigkeit und die Chance eines weiteren Wohlfahrtsverbandes zu erörtern. Der Plan wurde zwar verworfen, und der Verteilungskampf um Geld und Einfluß wird also nicht durch eine neue Gruppierung gestört. Doch auf unteren Ebenen (Jugendwohlfahrtsausschuß, Sozialausschuß etc.) hält der Konflikt an. Dies hängt mit Sicherheit damit zusammen, daß die gesellschaftliche Akzeptanz von Selbsthilfeprojekten gewachsen ist und andererseits, das zeigen die Ergebnisse der „Prognos-Studie“, soziales Engagement nicht mehr im gleichen Umfang wie früher in traditionelle Institutionen/Wohlfahrtsverbände eingebracht wird. Soziales Engagement ist heute vielfach mit dem Wunsch nach Selbstbestimmung gekoppelt. Und der verdiente es – im allgemeinen Interesse – gefördert zu werden, d. h. auch die „Etablierten“ müssen sich ändern, zumindest auf andere Denkwege umsteigen.

## Anmerkungen

*Beywl, W.:* Alternative Ökonomie. Modell zur Finanzierung von Selbsthilfeprojekten? In: Blätter der Wohlfahrtspflege (BdW) 9/1983, S. 225–229

*Bremen, K.:* Selbsthilfe. In: BdW 9/1983, S. 215–220

*Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages:* Jugendprotest im demokratischen Staat. In: Institut für Soziale Arbeit e. V./Sozialpädagogisches Institut Berlin (Hg.): Alternativbewegung, Jugendprotest, Selbsthilfe, Berlin 2/1983, S. 138–186

*Fink, U.:* Konfrontation und Kooperation. Welche Handlungsspielräume gibt es im Verhältnis von etablierter Politik und alternativer Bewegung? In: BdW 2/1983, S. 31–33

*Fink, U.:* Skizzen einer neuen Humanität (Titel stammt von der Sozialmagazin-Redaktion). In: Sozialmagazin 12/1984, S. 20–23

*Grottian, P./Kück, M.:* Modell Berlin: 10 000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativbereich. In: Bolle, M./Grottian, P. (Hg.): Arbeit schaffen – jetzt! Reinbek 1983, S. 128–144

*Habermas, J.:* Einleitung. In: Habermas, J. (Hg.): Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Frankfurt 4/1982, Bd. I, S. 7–36

*Huber, J.:* „Netzwerk Selbsthilfe“: Systemkrise und Selbstorganisation. In: Redaktion Frankfurter Hefte (Hg.): Die Aussichten der Republik, Frankfurter Hefte extra, Bd. 2, Frankfurt 1980, S. 132–136

*Huber, J.:* Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 2/1981

*Vilmar, F./Runge, B.:* Soziale Selbsthilfe-Privatisierung oder Vergesellschaftung des Sozialstaates? In: Aus Politik und Zeitgeschehen. 44/1986, S. 3–14.

*Wend, Chr.:* Gesellschaftlicher Wertewandel durch alternatives Wirtschaften. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 7–8/1985, S. 175–177